

Svenja Stadler, MdB

Hilfen für Helfer

Fünf Handlungsempfehlungen an die Bundespolitik

Die angespannte Situation rund um das Flüchtlingsthema, treibt uns alle um. Die Einen zünden, doch die Anderen packen beherzt zu und geben alles und mehr, um die Lebenssituation der Angekommenen erträglich zu gestalten. Und uns stellt sich immer wieder die Frage, wie wir die positiven Kräfte im Land stärken können und die gegenläufigen demokratiefeindlichen Stimmungen im Zaum halten.

Wir, die Mitglieder der AG Bürgerschaftliches Engagement, führten hierzu sowohl im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement als auch in der Offenen Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion drei intensive Diskussionen. Als Gäste luden wir Expertinnen und Experten ein, die persönliche Erfahrung in der unmittelbaren Hilfe und der direkten Begegnung mit Geflüchteten und Helfenden haben. Sie berichteten darüber, unter welchen Bedingungen die freiwillige unentgeltliche Hilfe für Geflüchtete geleistet wird und welche Widrigkeiten das Engagement behindern und bedrohen.

Dabei wurde uns Mitgliedern der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement klar, welcher konkrete Handlungsbedarf besteht, um ein Kollabieren der Helfenden und der Hilfe insgesamt nicht zu riskieren.

Wir erarbeiteten fünf Handlungsempfehlungen aus der Diskussion über Engagement für Geflüchtete. Davon erhoffen wir uns, dafür in der Politik Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu finden, um angesichts der Herausforderung angemessen zu reagieren.

Mehr Koordination für die Hilfe

Viele Engagierte sind nahezu unermüdlich im Einsatz. Die Erfahrung, helfen zu können und die positive Wirkung der eigenen Tat zu sehen, ist eine eigene Kraftquelle. Als Kräfte zehrend wird hingegen laut einhelliger Berichte aus der Engagementszene empfunden, wenn Bemühungen ins Leere laufen, wenn es „nicht vorwärts geht“, wenn Angaben über zu erwartende Einsätze ungenau oder falsch sind. Vielerorts übernehmen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer organisatorische und administrative Aufgaben, die eindeutig im Bereich der öffentlichen Hand liegen, aber vernachlässigt und versäumt werden. Die Versäumnisse der staatlichen Daseinsvorsorge aufzufangen ist eine Überforderung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die zum Kollaps führen. Was wir schnell brauchen, ist eine klare Aufgabenverteilung bei gleichzeitiger enger Kooperation von Bund, Ländern, Kommunen und der Bürgerge-

sellschaft. Da Engagement vor Ort in den Kommunen stattfindet, ist eine reibungslose und unbürokratische Koordination sowie Zusammenarbeit von Engagierten mit den kommunalen Behörden und Einrichtungen unverzichtbar.

Helfen ohne „drauf zu zahlen“

Durch das Helfen entstehen immer wieder Kosten für unterschiedlichste Zwecke: Fahrtkosten für die Begleitung zu Behörden oder Ärztinnen und Ärzten, Druckkosten für Informationsflyer oder Fotokopien von Unterlagen oder Lehrmittelkosten bei Sprachkursen. Auch müssen Risiken abgesichert sein, zum Beispiel durch einen Versicherungsschutz für Engagierte im „Einsatz“, wie er in einigen Bundesländern schon besteht. Die Liste ist unvollständig und offen, da die Bedarfe teilweise nicht vorhersehbar sind. Helferinnen und Helfer sollen durch ihren persönlichen tatkräftigen Einsatz keine finanziellen Einbußen haben. Doch bislang ist nicht dafür gesorgt, dass diese Auslagen ersetzt werden und die Ehrenamtspauschale wäre das falsche Instrument, hier Abhilfe zu schaffen. Sie würde einerseits möglicherweise falsche Anreize schaffen und käme auch nur dort zur Wirkung, wo Personen im Auftrag einer Organisation tätig werden, die selbst über die ausreichenden Mittel verfügt, eine Aufwandsentschädigung zu zahlen. Gebraucht wird ein großzügig ausgestatteter Bundesfonds für Engagementförderung in der Hilfe für Geflüchtete. Aus dem Initiativen, Vereine und Wohlfahrtsverbände mittels unbürokratischem Antragsverfahren Gelder für notwendige und sinnvolle Aufwendungen im Rahmen der Geflüchtetenversorgung und -betreuung erhalten können.

Klare Handhabe gegen Rassismus und Islamophobie – deutlicher Einsatz für Mitmenschlichkeit und Humanität

Wir brauchen eine klare Linie gegen Gewalt und Propaganda, die auf einem Menschenbild der Ungleichwertigkeit fußen. Die Integration kann vor allem dann gelingen, wenn ein entscheidend großer Anteil der Bevölkerung dafür bereit ist. Für diese Bereitschaft können wir werben und Zuversicht vermitteln durch positive Bilder und Beispiele. Rassismus und Islamophobie wirken in entgegengesetzter Richtung, deshalb müssen sie durch eine deutliche Haltung und konsequentes Handeln unterbunden werden. Es ist ein Skandal, wenn das Selbstverständliche, das Mindeste, nämlich die Strafverfolgung von Angriffen gegen Wohnheime und den darin lebenden Menschen, vernachlässigt wird. Wir erwarten eine lückenlose Anwendung unserer rechtsstaatlichen Mittel zur Bekämpfung rechter und rassistischer Gewalt. Und wir erwarten eine Sprache, die auf negative Verallgemeinerungen verzichtet, Probleme, Aufgaben und Herausforderungen sachlich beschreibt und vor allem die Menschen mit ihren Rechten und ihren Schicksalen ins Zentrum des Blickfeldes setzt.

Hilfe für Helfende

In der überwältigenden Hilfsbereitschaft weiter Teile der Bevölkerung offenbart sich ein Schatz, den wir als Gesellschaft nicht verschleudern dürfen, der vielmehr gepflegt und bewahrt werden muss. Dazu müssen die Menschen, die über unterschiedliche Vorerfahrungen

und Kenntnisse verfügen in ihrem Engagement begleitet und für die freiwillig übernommenen Aufgaben qualifiziert werden. Durch Fortbildung und Begleitung kann es gelingen, die punktuelle karitative Hilfe in langfristiges Engagement in der Integrationshilfe münden zu lassen. Wer sich längerfristig als Lotse und Pate engagieren will, soll einen Anspruch auf Schulungen haben, z. B. in interkulturellen Kompetenzen und Kommunikation. Auch zum Asylverfahren und zu anderen ausländer- oder auch arbeitsrechtlichen Fragen sollen sich Engagierte fortbilden können. Helferinnen und Helfer sollten mit Fremdheitserfahrungen in der Begegnung, oder mittelbaren Erfahrungen der Traumata der Geflüchteten nicht allein gelassen werden. Wir empfehlen ein Angebot an Supervision für Helferinnen und Helfer in der Geflüchtetenbetreuung bereitzuhalten.

DANKE nicht vergessen

Die Kraft und Motivation ziehen Helferinnen und Helfer aus dem Erleben, Sinnvolles zu bewirken und aus der Anerkennung, die sie dafür erhalten. Die Gesellschaft, der mit dem Engagement der Einzelnen ein unschätzbar wertvoller Dienst erwiesen wird, ist ihnen diese Anerkennung schuldig. Und uns als Mandatsträgerinnen und -träger obliegt es, diese Anerkennung in Vertretung für die Allgemeinheit zum Ausdruck zu bringen. Einmal „Danke“ sagen reicht nicht. Die einmalige Geste der Anerkennung verblasst und den Engagierten vermittelt sich der Eindruck, wir könnten ihren Einsatz als normal und unbedeutend ansehen, wenn wir es uns nicht zur guten Gewohnheit machen, unserer Wertschätzung für die geschenkten Dienste immer wieder neu Ausdruck zu verleihen.

Uns geht es um die Umsetzung des Appells „Wir schaffen das!“ und um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Autorin

Svenja Stadler ist Sprecherin für Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Fraktion. Sie ist Mitglied im Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: svanja.stadler@bundestag.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin

Tel: 030 629 80-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de